

## Medienmitteilung

*Mit bestem Dank für eine Publikation!*

### **GFI: 3 x JA**

**Die Gruppe für Innerrhoden (GFI) empfiehlt alle drei Vorlagen der Volksabstimmung vom kommenden Wochenende zur Annahme. Die Meinungen zur Änderung des Film- und des Transplantationsgesetzes waren bei der Besprechung kontrovers.**

Filmgesetz: gleich lange Spiesse

Nicht nur inländische Fernsehsender, sondern auch ausländische Streamingdienste sollen einen Beitrag an das Schweizer Filmschaffen leisten. Vorgesehen sind 4% des in der Schweiz erzielten Umsatzes. Es ist vertretbar, dass Streamingdienste ein Angebot von 30% Filmen oder Serien aus europäischer Produktion machen müssen. Der Konsum amerikanischer und asiatischer Angebote, der offenbar sehr hoch ausfällt, ist weiterhin möglich, das heisst die freie Wahl ist gewährleistet, und eine allfällige kleine Anpassung der Preise für solche Sendungen ist durchaus zu rechtfertigen und zu verkraften.

Transplantationen: mehr Leben retten

Eine Organspende kann Leben retten. In der Schweiz ist die Zahl von Transplantationen im europäischen Vergleich unverhältnismässig tief. Dies hat zu einer Volksinitiative geführt, welche das bisherige System umkehren will, von der Zustimmungs- zur Widerspruchslösung. Das Parlament hat dazu einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser bezieht auch die Angehörigen ein, wenn die Haltung des potentiellen Spenders nicht ausdrücklich feststeht. Wenn keine Angehörigen erreichbar sind, dürfen keine Organe entnommen werden. Diese erweiternden Bedingungen garantieren, dass der Wille eines Menschen und seine persönliche Unversehrtheit in keinem Fall missachtet werden. So ist ein JA zur neuen Regelung akzeptabel, und der Weg zu mehr Organspenden dürfte sich verbessern.

Frontex: solidarischer Beitrag

Die europäische Grenz- und Küstenwache („Frontex“) soll ausgebaut und mit mehr finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden. Der Anteil der Schweiz im Rahmen des Schengen-Dublin-Abkommens soll bis 2027 von 24 auf geschätzt 61 Mio. Franken steigen.

Die Mitgliedschaft und solidarische Mitarbeit bei „Schengen“ ist für die Sicherheit der Schweiz, aber auch für die Wirtschaft sehr wichtig. Es geht um Personenfreizügigkeit und Reisefreiheit, jedoch auch um eine effektive Polizeiarbeit in einem offenen Europa.

Menschenrechte sind einzuhalten

Ein Teil der Gegner möchte für die höheren Beiträge vor allem zuerst eine bessere Einhaltung der Menschenrechte bei der Sicherung der Schengen-Aussengrenze, etwa das Recht, ein Asylgesuch zu stellen, und eine menschenwürdige Behandlung. Dies ist unbestritten und konsequent einzufordern; Verletzungen z.B. durch sog. „Pushbacks“, gewaltsame Rückschaffungen durch die Grenzorgane, müssen „abgestellt“ werden. Das ist jedoch trotz einer Zustimmung möglich, ja erst dann, weil wir bei einem Ausschluss von „Schengen“, der bei einer Ablehnung der Vorlage streng rechtlich vorgesehen ist, gar nicht mehr mitreden und -entscheiden können.

Aus diesen Überlegungen und in diesem Sinne empfehlen wir in einer gesamtheitlichen Abwägung ein solidarisches JA zur Erhöhung der Beiträge an die europäische Grenz- und Küstenwache.

GRUPPE FÜR INNERRHODEN (GFI)

---

### Verantwortlich

Josef Manser, Präs. GFI, oberer Rügger, Rüggerstrasse 18, 9108 Gonten  
N 079 / 275 64 08 P 071 / 794 15 03  
josef-manser@bluewin.ch